

ihm zu beraten, von ihm Auskunft und Hilfe zu erbitten. Die Mehrzahl der Abgeordneten ist sich dieser Verantwortung den Wählern gegenüber bewußt. Sie erfüllen ihre gesetzlich festgelegte Rechenschaftspflicht, beraten Beschlußentwürfe, erläutern staatliche Entscheidungen, führen Sprechstunden durch. Sie nutzen alle sich in ihrem Verantwortungsbereich bietenden Möglichkeiten - Veranstaltungen gesellschaftlicher Organisationen, Zusammenkünfte von Jugendlichen, von Frauen, von älteren Bürgern, Treffen mit Angehörigen der Intelligenz, mit Handwerkern usw. -, um mit den Bürgern ins Gespräch zu kommen, ihre Meinungen zu erfahren, Fragen zu beantworten und alle dabei gewonnenen Erfahrungen in die Arbeit der Volksvertretung einzubringen. Eine zentrale Bedeutung hat hierbei das enge Zusammenwirken der Abgeordneten mit den Ausschüssen der Nationalen Front. Deren Aufgabe ist es, die Volksvertreter in ihrer Arbeit im Wahlkreis zu unterstützen und zu helfen, daß lebendige Kontakte zwischen ihnen und den Bürgern zustande kommen.

Seine bedeutungsvolle und umfangreiche Arbeit im Wahlkreis kann der Abgeordnete aber nur dann erfolgreich meistern, wenn er selbst ständig aktuell und gründlich informiert ist über alle wichtigen, das Territorium betreffenden und die Bürger berührenden und interessierenden Probleme. Für eine solche gute Information zu sorgen ist die Aufgabe des Rates und seiner Fachorgane. In kleinen Städten und Gemeinden, wo die Probleme für jeden gut überschaubar sind und vieles sofort im unmittelbaren Gespräch im Rathaus oder mit dem Nachbarn geklärt werden kann, ist das sicher weniger kompliziert als in einer größeren Stadt, im Kreis oder im Bezirk. Besonders in den städtischen Wohngebieten werden sehr hohe Anforderungen an die staatliche Öffentlichkeitsarbeit, an die gute Information sowohl der Abgeordneten als auch der ganzen Bevölkerung gestellt, sollen gesellschaftliche Aktivität und Initiative ausgelöst und viele Bürger für die Mithilfe bei der Lösung der staatlichen Aufgaben gewonnen werden. Ganz gleich aber, ob in einer großen Stadt oder in einer kleinen Gemeinde - überall bedarf es einer genauen Kenntnis der Probleme, der Lage im jeweiligen Gebiet, um

vorhandene Möglichkeiten der Mitwirkung zu erkennen und zu erschließen, das heißt, die Initiative der Bürger muß durch gezielte Massensarbeit der Abgeordneten in den Wohngebieten in die richtigen Bahnen gelenkt und auf die Punkte konzentriert werden, die für die Planerfüllung und das gesellschaftliche Leben in den Städten und Gemeinden Fortschritte bringen. Dabei gehört es zu den wichtigsten Anliegen der Abgeordneten, den Vorschlägen, Hinweisen und Kritiken der Bürger große Aufmerksamkeit zu widmen und zu kontrollieren, „daß diese von den verantwortlichen staatlichen Organen exakt bearbeitet werden und die Bürger eine überzeugende Antwort auf ihre Fragen erhalten“⁴⁷, wie es im Bericht des Politbüros an die 3. Tagung des Zentralkomitees der SED heißt.

Größere Aufgaben - höhere Anforderungen an die Volksvertretungen

Stellten die Aufgaben, die von den örtlichen Volksvertretungen zu lösen sind, schon immer hohe Anforderungen an die Tätigkeit jedes Abgeordneten, so fordern die achtziger Jahre erst recht das volle Engagement eines jeden Volksvertreters. Wie auf dem X. Parteitag der SED betont wurde, steht im Mittelpunkt der Gesellschaftspolitik die Ökonomie, der Kampf um einen hohen volkswirtschaftlichen Leistungsanstieg. Davon hängen in entscheidendem Maße die weiteren Fortschritte bei der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft ab, und dementsprechend erwachsen daraus die wichtigsten Aufgaben für alle staatlichen Organe.

Die Größe dieser Aufgaben mögen einige im Fünfjahrplan festgelegte Ziele verdeutlichen: Das produzierte Nationaleinkommen wird bis 1985 gegenüber 1980 um 28 Prozent wachsen. Bruttoes im vergangenen Fünfjahrplan 812,5 Milliarden Mark, so soll es in den Jahren 1981 bis 1985 insgesamt mehr als 1 Billion Mark umfassen. Die industrielle Warenproduktion der Volkswirtschaft wird sich auf 128 Prozent erhöhen, darunter im Bereich der Industrie ministerien auf 131 Prozent. Damit wird die Grenze von 2 Billionen Mark überschritten! Es muß nicht besonders betont werden, wel-

7 Bericht des Politbüros an die 3. Tagung des Zentralkomitees der SED, Berlin 1981, S. 51.